

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862

24.12.1862 (No. 302)

Karlsruher Zeitung.

Wittwoch, 24. Dezember.

N. 302.

1862.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 23. Dezember.

Se. Königl. Hoheit der Großherzog haben aus St. Petersburg die Nachricht empfangen, daß Se. Großh. Hoheit der Prinz Wilhelm von Baden sich daselbst Sonntag den 21. d. M. mit Ihrer Kais. Hoheit der Prinzessin Marie Maximilianowna Romanoffski von Leuchtenberg feierlich verlobt habe.

Dieses hohe Ereigniß, welches eine feste Bürgschaft künftigen Glückes sowohl in den ausgezeichneten Eigenschaften, als in gegenseitiger tiefer Zuneigung beider hohen Verlobten in sich trägt, wurde von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog, der erlauchten Mutter des Prinzen, und der ganzen großherzoglichen Familie mit gleicher aufrichtigster Freude vernommen und den innigsten Segenswünschen begleitet.

Das badische Volk, welches die Geschichte seines Fürstenhauses mit treuer Theilnahme mit erlebt, wird dies um so mehr bei einem Schritte thun, welcher über das künftige Lebensglück des so allseitig verehrten und geliebten Gliedes desselben entscheidet.

Die hohe Verlobte ist die am 16. Okt. 1841 geborene Tochter des am 1. Nov. 1852 verstorbenen Herzogs Maximilian von Leuchtenberg und Ihrer Kais. Hoheit der Großfürstin Maria Nicolajewna von Rußland, ältesten Schwester Sr. Maj. Alexander's II. Nicolajewitsch, Kaisers aller Rußen etc.]

Telegramme.

Turin, 21. Dez. Das Dampfschiff „Sardinia“, welches Garibaldi nach Caprera bringen sollte, hat wegen des stürmischen Wetters wieder nach Livorno zurückkehren müssen. Es geht das Gerücht, Garibaldi beabsichtige nach Neapel zu reisen. Bekreter würde wenig mit einer anderweitigen Nachricht übereinstimmen, die durch die Presse läuft. Darnach hat Garibaldi einigen neapol. Damen, die ihn unlangst nach ihrer Stadt eingeladen, folgende Antwort ertheilt: „Ich glaube nicht, daß ich in diesem Augenblick nach Neapel kommen könnte. Ich wünsche vorher einige Zeit in Caprera zuzubringen. Jedoch gebe ich Ihnen die Versicherung, daß der Tag nicht fern sein wird, an dem ich Ihnen mündlich in Neapel für Ihre freundliche und wohlwollende Aufmerksamkeit danken kann.“

Neapel, 21. Dez. Das offizielle „Giornale“ widerlegt den Artikel der „France“, die auf den Bericht Lamarmora's über das Räuberwesen gestützt, die Ansicht ausgesprochen hatte, die italienische Einheit sei unmöglich. Das genannte Blatt sagt, daß die Verminderung der Banden den Erfolg der Truppen beweise, und daß die Mitwirkung der Bevölkerung an diesem Werke das Anzeichen ihrer Einheitsbestrebungen sei. Es behauptet schließlich, daß die öffentliche Sicherheit sich merklich gebessert habe, indem die Verbrechen sich um die Hälfte vermindert und die Diebstähle beinahe gänzlich aufgehört hätten.

Vera-Cruz, 1. Dez. Viele Städte haben sich zu Gunsten der französischen Expedition erklärt. Man sagt, Juarez habe die Absicht, sich zu Plascala anzustellen, um die Franzosen zu verhindern, über Piedras Negras nach Mexiko zu marschieren. Man fügt hinzu, wenn es den Franzosen gelingt, Puebla zu nehmen, so werde die Regierung, indem sie die Schloffen öffnet, welche Mexiko umgeben, diese Stadt

unter Wasser setzen. Marquez hat im Namen der Franzosen Colchinda befehligt. Eine Proklamation des Präsidenten Juarez verhängt Todesstrafe über jedes Individuum, das beim Tragen einer Depesche der Franzosen oder einer für dieselben bestimmten ergriffen wird. Die Verbindung zwischen der Küste und dem Innern ist abgeschnitten. Ein Versuch, in Plascala eine Demonstration zu Gunsten Juarez hervorzuheben, ist nicht glücklich. Die Bewohner haben gerufen: Es lebe Frankreich!

Das preussische Minderheitsgutachten in der Frage der Delegirtenversammlung.

(Schluß.)

III.

Es bleibt noch übrig, einige Bemerkungen über die politische Zweckmäßigkeit der Anträge zu machen.

Die Absicht, welche in den Anträgen vom 14. August liegt, und welche die Majorität des Ausschusses mit deren Empfehlung verbindet, ist ausgesprochenen Maßen diese: an einem einzelnen Gegenstand das Vorbild einer sogenannten repräsentativen Einrichtung am Bunde und neben der Bundesversammlung aufzustellen und durchzuführen, welche später durch Wiederholung in derselben Form und gegen den Willen einer Minorität sich allmählig zu einer bleibenden Bundesinstitution gestalten soll.

Dieser Prozeß beträfe nicht etwa nur ein untergeordnetes Gebiet politischer und staatlicher Thätigkeit, sondern würde sich auf Gegenstände der höchsten Wichtigkeit richten. Es ist nicht abzulehnen, mit welchem Recht man das Eingreifen des Bundes auf irgend einem beliebigen Feld zurückweisen wollte, wenn einmal der Vorgang in einem so wesentlichen Punkte gegeben wäre.

Der Bund würde nach Einfügung eines solchen Organismus ein anderer werden, als er bisher war. Er würde nicht nur seine Kompetenz auf ein neues, ja auf alle Gebiete der Regierung und Verwaltung ausgedehnt haben, sondern es würde sich ihm auch in dem Delegirtenkörper, nach Ansicht der Majorität, eine Handhabe für die politische Entwicklung darbieten sollen. Es würde der Bundesversammlung die Delegirten den Ansporn machen, die ganze Nation zu umfassen und darzustellen, während und ungeachtet ein sehr großer, vielleicht der größte, in der Minorität repräsentirte Theil noch außerhalb derselben stände.

Soll die fragliche Anordnung überhaupt mehr als ein Schein sein, so ist, wie immer man sich die Modalitäten ihrer Ausführung denken mag, hier die Gefahr vorhanden, daß eine große Majorität an Volkszahl und staatlicher Kraft einer Kombination von Stimmen unterliegt, welche thatsächlich eine Minorität an Zahl und an Macht vertritt. Schon das gegenwärtige Bundesverhältnis bringt es mit sich, daß in den Gegenständen seiner beschränkten Kompetenz ein geringer Theil Deutschlands den Rest binden konnte zum Handeln, wie zum Untertassen. Die beschränkte Natur der Bundeszwecke, insbesondere aber die Rücksicht, welche der Macht der realen Verhältnisse und der Stellung der beiden Großmächte getragen wurde, hat jedoch ein heiliges Korrektiv, so daß das der Vitalität des Bundes und seiner Wirksamkeit so sehr gefährliche Gebroch des Widerspruchs zwischen Stimmrecht und Machtgewicht nicht verhängnisvoll wurde. Seitdem aber das Streben rege geworden ist, dieses mißverhältnißige Stimmrecht im Bundeswege gegen reale Machtverhältnisse zur Geltung zu bringen, wächst jene Gefahr. Es ist gewiß an der Zeit, darauf aufmerksam zu machen, daß die von der Majorität des Ausschusses im vorliegenden Fall vertretene Ansicht, die Bundeszwecke auf dem Wege der Stimmenmehr-

heit zu erweitern und auf dieselbe Weise neue Organismen zu schaffen sich in dieser bedenklichen Richtung bewegt.

Wenn man den Geist betrachtet, welcher in der Bundesakte selbst und ihren Fundamentalsätzen, sowie in der fast ein halbes Jahrhundert umfassenden Praxis der Bundesfähigkeit walten, so ergibt sich die unverhältnißmäßige Tragweite eines so entschiedenen über diesen Geist hinausgehenden Experimentes. Weit entfernt, eine Entwicklung des Bundesrechts zu enthalten, würde die angeführte Einrichtung, nach den Zuständen der Majorität selbst, zu einer völligen Verwandlung in ein anderes Staatswesen führen. In diesem würde die Minorität vielfach eine rechtlich ungenügende Stellung und dem thatsächlichen Vorgehen der Majorität gegenüber eine ohnmächtige Rolle zu übernehmen haben. Daß sich in ein solches Mißverhältnis keine der beiden Großmächte fügen würde, ist als selbstverständlich anzunehmen. Die Beseitigung, nicht die Vergrößerung des angebotenen Gebrochens, welches in der unrichtigen Vertheilung der Stimmen und der mißbräuchlichen Ausübung des Stimmrechts liegt, wäre zu erstreben. Einrichtungen, wie die vorgeschlagenen, entsprechen dagegen eben so wenig dem Geiste des bisherigen Bundesverhältnisses, als dem Bedürfnisse nach einer Reform desselben.

Im Sinne des Majoritätsgutachtens würde die befürwortete Delegirtenversammlung mit beratender Stimme etwa die Grenze dessen bezeichnen, was, auf Bundesgrundlage, dem Dränge der deutschen Stämme nach engerer staatlicher Einigung zu bewilligen wäre. Die Legierten aber werden in dem Zwecke der Anträge vom 14. August keine Annäherung an die höheren Ziele staatlicher Einheit und Stärkung erblicken, keinen Fortschritt der nationalen Bewegung, sondern eine Ablenkung von denselben. Die beantragte Institution würde mithin nicht einmal als eine Abschlagszahlung betrachtet werden. Sie entspricht der Höhe der Anforderungen so wenig, daß man vorziehen würde, nicht durch eine Annahme des Gebotenen das Geforderte zu verlieren.

Die Regierungen, die Volksvertretungen, die Bevölkerungen sind zu Opfern bereit, um große nationale Ziele zu verwirklichen. Allein man kann darauf gefaßt sein, daß sie, gegenüber einer ungenügenden Lösung, welche zugleich weitere Fortentwicklung ausschließen soll, lieber auf dem Boden des Bundesrechts stehen bleiben, und sich einwillen bei den durch das bestehende Recht und Befugnissen genügen lassen werden.

So wenig der dem Ausschusse ertheilte Auftrag es mit sich bringt, schon jetzt sich mit den Modalitäten zu beschäftigen, wie bereits die berechtigten Wünsche der Nation zu befriedigen wären, so muß inzwischen auf die Nothwendigkeit hingewiesen werden, ihrer Erfüllung nicht zu präjudiciren. Der Gesandte vermag in dem besetzten Bilde, welches die Majorität von der Zukunft Deutschlands auf dem vorgeschlagenen Wege entwirft, keine Realität zu erkennen; er muß dringend wünschen, daß auf demselben nicht weiter vorgegangen werde.

Die Gefahren, welche die Majorität auf anderen Wegen zu politischer Einigung erblickt, werden auf dem von ihr empfohlenen Lebenslauf nicht vermieden. Derselbe löst die Gegenstände einer wahren und wesentlichen Reform und die tieferen Gründe des Strebens nach einer solchen unbedenklich. Sollte der Versuch gemacht werden, ihn dennoch gegen das Recht und den Willen einer Minorität am Bunde zu verfolgen, so müßten dadurch Konflikte erzeugt werden, welche jenen vermeintlichen Gefahren an Ernst nicht nachsehen dürften.

Der Gesandte kann schon jetzt bei Gelegenheit dieses Votums sein Bedauern darüber nicht unterdrücken, daß nach der Ansicht der Majorität des Ausschusses über den Widerspruch einer der beiden deutschen Großmächte in einer Sache, in welcher das Bedürfniß der Stimmeneinheitlichkeit so wenig zweifelhaft erscheint, als in der vorliegenden, und über den präjudizialen Einwand eben dieser Großmacht wegen der Zulässigkeit des Majoritätsverfahrens überhaupt, durch formelle Fortsetzung des letzteren ohne Weiteres zur Tagesordnung übergegangen werden könnte, als ob dieser Widerspruch nicht vorhanden wäre.

Karlsruhe, 21. Dez. (Die Wintervorlesungen.) In der gestrigen Vorlesung, der dritten dieses Winters, sprach Herr Schmezer aus Siegelhausen über den Planeten Saturn. Er wies zunächst auf den Unterschied der sogenannten inneren und äußeren Planeten hin, und bezeichnete jene als diejenigen, deren Bahn von der Erdbahn eingeschlossen, jene dagegen als solche, deren Bahn außerhalb derselben gelegen ist, und ging dann sofort zu der Beschreibung jenes Himmelskörpers über, welcher zu den äußeren Planeten gehört, und bis gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts für den äußersten Vorposten unseres Planetensystems gehalten wurde. Saturn erscheint uns in einem mattbläulichen Lichte, und zwar, wenn er in der Erdnähe steht, als ein Stern erster Größe, wenn er sich aber in der Erdferne befindet und dadurch um den Durchmesser der Erdbahn weiter entfernt ist, nur als ein Stern dritter Größe. Er ist ungefähr 772mal größer als die Erde; seine Masse hat jedoch nur den achten Theil der durchschnittlichen Dichtigkeit unseres Erdbkörpers, mithin ungefähr die Schwere des Lannenhölzchens oder des Bimssteines; seine Gesamtmasse ist deshalb nur ungefähr hundertmal so schwer als unsere Erde. Er ist an den Polen weit flacher abgeplattet als unsere Erde. Die Achse des Saturns oder sein Durchmesser von Pol zu Pol ist beinahe um ein Zehntel kürzer als sein Äquatorialdurchmesser; ersterer beträgt beinahe 14,700, letzterer ungefähr 16,300 Meilen.

Auf der Fläche dieses Planeten bemerkt man dunklere und hellere Zonen, welche — abgesehen von der Äquatorialregion — sowohl in ihrer Gestalt als in ihrer Färbung vielfache Veränderungen zeigen und deshalb wohl als wechselnde Erscheinungen der Saturnatmosphäre zu betrachten sind und zunächst an unsere Wolken erinnern. Nur am Äquator zeigt sich ein gleichbleibender grünlicher Streif, welcher an seinen beiden Rändern allmählig an Intensität abnimmt. Man vermutet, daß dieser Streif, auf den wir später noch einmal zurückkommen werden, aus Wasser besteht. Herschel hat an denselben dunklere Stellen wahrgenommen, welche nach beinahe zehn und einer

halben Stunde regelmäßig wiederkehrten, und er hat daraus auf eine Umdrehung des Saturns um seine Achse geschlossen. Ein Sternentag des Saturns währt demnach nicht ganz 10 $\frac{1}{2}$ Stunden.

Die merkwürdigsten Eigenheiten des Saturns sind die ihm umgebenden sehr breiten und dabei verhältnißmäßig sehr dünnen Ringe. Dieselben befinden sich in der Ebene seines Äquators, sind jedoch völlig von ihm getrennt. Galilei glaubte bald nach der von ihm gemachten Entdeckung des astronomischen Fernrohrs zwei Hensel an zwei entgegengesetzten Seiten dieses Planeten zu bemerken, weshalb derselbe auch dann in den Schriften jener Zeit der Dreigestaltige (tergeminus) genannt wurde. Diese seltsame Erscheinung wußte man nicht zu deuten, bis um das Jahr 1660 Huygens, unterstützt durch eigene schärfere Beobachtungen, fand, daß ein Ring frei um den Planeten in einer Ebene schwebt, welche sowohl zu der Ebene der Saturnusbahn als zu der Erdbahn beträchtlich geneigt ist. Wäre der Ring zu der Ebene der Erdbahn senkrecht, so würde er uns kreisförmig erscheinen und den Planeten rings umgeben. Da nun aber nur jene Neigung nur 28 Grade beträgt, so kann man nie oben und unten zwischen ihm und dem Körper des Planeten hindurchschauen, und er erscheint uns deshalb zu gewissen Zeiten wie eine mit zwei Henseln versehenen Kugel. Steht der Saturn weniger ober- oder unterhalb der Ebene der Erdbahn, dann erscheint die durch den Ring gebildete Ellipse mehr abgeplattet und gleichsam niedergebückt, und wenn der Planet — was zweimal im Jahre der Fall ist — in dem Knotenpunkte steht, in welchem sich die Ebenen des Ringes und der Erdbahn schneiden, so liegt der Ring ungefähr in der Ebene der Erdbahn, und erscheint uns deshalb als ein gerader, linienförmiger Streifen, oder ist völlig unsichtbar.

In späteren Zeiten fanden Cassini und der ältere Herschel, daß der bisher für einfach gehaltene Ring aus zwei ringförmig durch einen leeren Zwischenraum getrennten Ringen besteht, wovon der innere weit breiter ist als der äußere, und im 19. Jahrhundert haben Kaser

und Encke noch eine weitere Theilung des äußeren Ringes, und die Astronomen des Collegio Romano überdies noch drei weitere Theilungen an dem letzteren beobachtet. An dem inneren Ringe sind bis jetzt keine Theilungen beobachtet worden.

Die sämmtlichen sechs Ringe haben mit Einschluß der leeren Zwischenräume eine Gesamtbreite von 6047 Meilen. Die Breite des innersten Ringes beträgt 3733, die des großen Zwischenraumes zwischen diesem und den äußeren Ringen 387, und die Breite der 5 Bestandtheile des äußeren Ringes mit Einschluß ihrer Zwischenräume 1927 Meilen. — Die Dichte der Saturnringe ist auf 21 Meilen berechnet worden. Ihre Oberfläche ist an vielen Stellen windstief und hat bedeutende Unebenheiten, welche ohne Zweifel mit den Gebirgsgebirgen unserer Erde zu vergleichen sind. Man hat dies daraus erkannt, daß beim Uebergang aus dem Licht in den Schatten oder aus dem Schatten in das Licht eine Anzahl von Stellen längere Zeit erleuchtet sind als die andern und gleichsam glänzende Perleinschnüre bilden. Diese Stellen sind völlig konstant, und man hat aus ihrer regelmäßigen Wiederkehr gefundener, daß der Ring des Saturns ungefähr die gleiche Umlaufzeit hat wie der Körper des Planeten selbst. — Die Ränder der Ringe zeigen im Uebrigen eine sehr scharfe Begrenzung; nur an dem inneren Rande des innersten Ringes zeigt sich, sowie an dem Äquator des Planeten, eine grünliche Trübung. Man glaubt, daß dieselbe von der Anwesenheit von Wasser herrührt, und daß sich dasselbe sowohl auf dem Körper des Saturns, wie auf dem inneren Rande des innersten Ringes in Folge der gegenseitigen Anziehung in ähnlicher Weise anammelt, wie auf der Erde die Fluth des Meeres durch die Anziehung des Mondes bewirkt wird. Im Uebrigen haben die Ringe ganz den ruhigen planetarischen Glanz des Planetenkörpers selbst; die Flächen des innersten Ringes glänzen sogar noch etwas heller als die Flächen des Saturnkörpers. (Schluß folgt.)

(Schluß folgt.)

Die Ausschussverhandlungen sind nicht der Ort, um das politische Verhalten eines Bundesgliedes gegen Beschlüsse, die in der Bundesversammlung verfaßt werden könnten, zu erörtern. Doch glaubt der Gesandte den Ausdruck der Besorgnis nicht zurückhalten zu sollen, daß die Fortsetzung des oben vorausgesetzten Verfahrens zu einem Punkte führen könne, wo die dissentierende Regierung außer Stand gesetzt wäre, in einer im Widerspruch mit den Bundes-Grundgesetzen verfahrenen Versammlung noch das Organ des Bundes zu erkennen, an dessen Schließung sie sich betheiligte hat.

Nach diesen Erwägungen kann der Gesandte aus Gründen des Rechtes wie der Zweckmäßigkeit nur dringend von der Empfehlung der beantragten Maßregel ablassen und stimmt deshalb gegen die Majoritätsvorschläge, indem er seinerseits beantragt:

Hochse Bundesversammlung möge beschließen, dem Antrag vom 14. August keine Folge zu geben.

Deutschland.

Frankfurt, 22. Dez. Hiesigen Blättern zufolge wären folgendes die Grundzüge zur Zusammensetzung der vorgeschlagenen Delegirtenversammlung: Es entsenden zur Abgeordnetenversammlung am Bundestage Oesterreich 30 Mitglieder, vertheilt auf die Landesvertretungen seiner deutschen Provinzen; Preußen ebenfalls 30 Mitglieder, die aus beiden Häusern des Landtags gewählt werden sollen; Bayern 10, gewählt aus beiden Kammern; Sachsen, Hannover, Württemberg, jedes 6, gewählt aus beiden Kammern; Baden 5, desgleichen; Kurhessen, Großherzogthum Hessen, jedes 4, aus beiden Kammern; Holstein 2; Luxemburg 2; Braunschweig 2; Mecklenburg-Schwerin 2; Mecklenburg-Strelitz 2; Nassau 2; Weimar 2; Meiningen 1; Koburg-Gotha 1; Altenburg 1; Oldenburg 2; Anhalt-Desau, Anhalt-Bernburg 1; Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen 1; Waldeck, Lippe, Lippe-Schaumburg 1; Neuß ältere Linie, Neuß jüngere Linie 1; Lübeck 1; Frankfurt 1; Bremen 1; Hamburg 1; zusammen 128 Abgeordnete. Pforten und Homburg fallen in Ermangelung einer Landesvertretung aus.

Aus dem Mehrheitsgutachten des betreffenden Ausschusses der Bundesversammlung über das Delegirtenprojekt theilen verschiedene Blätter übereinstimmend folgende Stelle mit, die Idee eines deutschen Parlaments betreffend:

Was die Nationalrepräsentation anlangt, so ist doch gewiß das repräsentative Element in dem Antrag vom 14. August d. J. nicht zu verkennen, und dessen Ausbildung zu einer organischen Einrichtung ist ausdrücklich vorbehalten. Gerade in diesem Punkt mahnen doch wohl die Erfahrungen der Vergangenheit wie die Zustände der Gegenwart zur größten Umsicht und zur Vermeidung jedes erneuten Versuches einer scheinbar großartigen und doch wegen inneren Widerspruchs mit den gegebenen Verhältnissen hohlen und machellosen Einrichtung, die statt einer ausgleichenden Annäherung nur einen neuen Kampfplatz der zur Zeit vielleicht noch bestimmter als früher bestehenden Gegensätze bieten würde. Es bedarf wohl nur der Frage, welche Stellung eine in formell unitarischen Geiste beruhende, aus unmittelbaren Wahlen hervorgehende Nationalrepräsentation über oder neben den Landesvertretungen zumal der beiden Hauptmächte des Bundes und gerade gegenwärtig einnehmen würde, um sich zu überzeugen, daß man eine solche wohl in theoretischer Betrachtung als gefälliges Spiel der Phantasie hegen, nicht aber auf dem verhängnisvollen Gebiete praktischer Thätigkeit ernstlich in Vorschlag bringen kann.

Speyer, 22. Dez. Der „Pfälz. Ztg.“ zufolge ist an höchster Stelle vorerst auf die nähere Prüfung der vom Konföderation gemachten Vorlage bezüglich der Reform der Wahlordnung für die Presbyterien, Diöcesan- und General-synoden eingegangen worden. Dadurch erleidet die Berufung der Diöcesansynoden zur Wahl der Abgeordneten für eine außerordentliche General-synode, sowie die Berufung der letztern selbst eine unvermeidliche Verzögerung.

Kassel, 21. Dez. (Fr. Z.) Die Vorschläge der Regierung in Betreff der Gehaltserhöhungen beschäftigen die Tagespresse und die Kreise der Beamten und Offiziere fortwährend im höchsten Grade. Im Allgemeinen eifert man insofern gegen die Vorlage, als die Aufbesserung, welche den gering Besoldeten zu Theil werden soll, zu unbedeutend ist, um den wahren Bedürfnissen zu genügen. Die Stände, welche morgen bis nach Neujahr Ferien haben, werden inzwischen diese Fragen in Erwägung ziehen können. — Die Leihhaus-Angelegenheit dürfte noch zu ausführlichen Erörterungen Anlaß geben. Es soll bei einigen Abgeordneten die Ansicht bestehen, daß die Regierungsvorlage zu verwerfen sein werde. Ein Urtheil wird wohl erst nach geschickener Vorlage möglich sein.

Trier, 19. Dez. Der „Trierischen Ztg.“ zufolge sind die Landwehrentenante Bankier Laub und Kaufmann Rosenfruch, weil sie Beide dem „Verein verfassungstreuer Wähler“ angehören, auch den Aufruf zum Beitritt in den Verein unterschrieben haben, unter der Angabe, daß die Zwecke des Vereins den Intentionen des Königs zuwiderläufig, von Seiten des dahier kommandirenden Divisionsgenerals v. Arnim aufgefodert worden, durch eine öffentliche Erklärung aus dem Verein auszutreten, und als sie sich dessen weigerten, vor einen aus Offizieren des 40. Linienregiments gebildeten Ehrenrath geladen worden. Letzterer hatte gestern stattgefunden und verwies dem Vernehmen nach die Sache ans Ehrengericht.

Crengeldanz, 19. Dez. Hr. Müllensiefen hat an die „Volkszeitung“ ein Schreiben gerichtet, aus welchem hervorgeht, daß die ihm in seiner Eigenschaft als Abgeordneter widerfahrene „brutale Behandlung“ ihm nicht in Berlin, sondern hier in seiner eigenen Wohnung widerfuhr; ferner, daß ein sehr achtbarer Mann in der Rheinprovinz sich erboten hat, diesen Ehrenhandel für Hrn. Müllensiefen „in alt beliebter Weise aus- und abzumachen“. Hr. Müllensiefen hat dies Anerbieten abgelehnt, weil das Wort bereits gegeben wurde, keinen Namen zu nennen.

Münster, 18. Dez. (R. Bl.) Die Angelegenheiten unserer Akademie sind in der heutigen letzten Plenarsitzung

des Provinziallandtags noch zur Sprache gekommen. Fast mit Einigkeit wurden Petitionen an Se. Maj. den König um baldige Erweiterung der Akademie zu einer vollständigen Universität und um Verwendung des hiesigen Studienfonds für unsere Provinzialbedürfnisse, sowie an den Kurator der Akademie um Beschaffung genügender Hörsäle beschlossen.

Koburg, 18. Dez. (Kob. Z.) In Folge der Anklage, die gegen den hiesigen katholischen Geistlichen, Pfarrer Wilhelm in Betreff eines Artikels im Münchener „Volksboten“ (über die Bestattung der verstorbenen Herzogin zu Sachsen-Koburg-Kohary) erhoben worden ist, hat dieser am letzten Sonntag in der Kirche zu St. Augustin seine Abschiedspredigt gehalten und wird dieser Tage Koburg verlassen.

Dresden, 22. Dez. (W. T. Z.) Das „Dresdener Journ.“ tritt in einem Artikel seiner heutigen Nummer der Behauptung der Berliner „Sternzeitung“ entgegen, daß das Projekt der Delegirten-Versammlung die Kompetenz des Bundes überschreite; das „Journ.“ sucht zu beweisen, daß der Ursprung und der Verlauf des Projekts Nichts in sich schließt, was als Preußen feindlich betrachtet werden könnte, und verlangt schließlich von Preußen entweder Bundesreform oder Schutz der bestehenden Bundesverfassung.

Lüneburg, 15. Dez. Für den deutsch-französischen Handelsvertrag hatte sich, wie bereits gemeldet, der hiesige Gewerbeverein in seiner Sitzung vom 9. d. M. ausgesprochen und in diesem Sinne eine Eingabe an das Finanz- und Handelsministerium beschloffen. Jetzt hat sich nun auch, der „Lüneb. Ztg.“ zufolge, der hiesige Handelsverein in einer Eingabe an das gedachte Ministerium für unbedingte Annahme des deutsch-französischen Handelsvertrages erklärt, und zugleich dasselbe erucht, dahin zu wirken, daß unsere Regierung dem Vertrag ihre Zustimmung ertheile.

Schwerin, 15. Dez. (Nordb. Bl.) Der hiesige Magistrat hat in einer Adresse an den Großherzog zwar sein großes Bedauern der Ungnade, aber auch seine Ansichten über die Lage des Landes ausgesprochen, die nothgedrungen eine baldige Aenderung erheische. Eine Deputation sollte diese Adresse übergeben und erbat dieserhalb eine Audienz; dieselbe wurde aber mit dem Bemerkten abgeschlagen, daß der Großherzog weder in einer Audienz, noch schriftlich eine weitere Aeußerung des Magistrats wünsche.

Waldin, 19. Dez. (Rost. Z.) Ein schwerinisches Re-script, welchem die sächsische Regierung sich anschließt, bestrift die Steuerreform. Mit Ausnahme einiger unwesentlichen Punkte wird den ständischen Beschlüssen im Uebrigen die Genehmigung ertheilt, jedoch rückichtlich des auf den 1. Jan. 1864 angelegten Einführungstermins bemerkt, daß äußersten Falles nur der 1. Oktbr. 1863 zugestanden werden könne. Stände ertheilen dazu ihre Einwilligung. — Sicherem Vernehmen nach steht am Montag der Schluß des Landtags zu erwarten.

Berlin, 21. Dez. Am 14. d. M. hatte eine Deputation aus Neumarkt in Schloß Audienz bei Sr. Majestät zur Ueberreichung einer Loyalkitätsadresse. Die neueste Nummer des Neumarkter Kreisblattes berichtet darüber, und fügt hinzu, daß die Deputation auch bei den H. Ministern v. Bismarck und v. Roon gewesen. Darnach hob der Ministerpräsident auf des Führers Ansprache unter Anderm hervor:

Es sei nicht zu verkennen, daß die Bestrebungen des Landes der Abgeordneten nicht nur in seinen letzten Beschlüssen ein Ueberschreiten der von der Verfassung seiner Machtbefugnis gezogenen Grenzen dokumentiren, aber auch nicht zu vergessen, daß auch unsere Gegner Kinder desselben Landes und unsere Mitbürger seien, welche auf den Rechtsschutz des Staates gleichen Anspruch hätten. Deshalb habe Se. Majestät die Hand zur Veröhnung dargereicht, und seine Regierung gebe sich noch immer der Hoffnung hin, daß es nicht vergebens sein werde.

Der Kriegsminister v. Roon bemerkte unter Anderm: Nur 27 Proz. der Berechtigten haben bei der letzten Wahl des Abgeordnetenhauses ihr Wahlrecht ausgeübt. Man möge nicht vergessen, daß jedem Recht eine Pflicht gegenüberstehe; ohne Erfüllung dieser Pflicht sei es eine Annahme, das Recht in Anspruch zu nehmen. Lassen Sie uns — fuhr er fort — ein Jeder in seinem Kreise darauf hinarbeiten, daß künftig Keiner der Berechtigten, sei es aus Trägheit, sei es aus Feigheit, sich dieser seiner Pflicht entziehe.

Die heutige Morgennummer der „Berl. Allg. Ztg.“ ist heute früh, ohne Angabe von Gründen, polizeilich mit Beschlag belegt worden. Es ist dies seit Ende März d. J. die 84. oder 85. polizeiliche Konfiskation hiesiger Zeitchriften. — Dem Vernehmen nach ist gegen die Mitglieder der gebetenen Gymnasialverbindungen in Posen auf Grund des §. 98 des Strafgesetzbuches die Unterjuchung eingeleitet worden. Die darin angedrohten Strafen gegen die Mitglieder der Verbindung bis zu sechs Monaten Gefängnis, gegen Obere oder Beamte der Verbindung von einmonatlichem bis zu einjährigem Gefängnis. — Die Eröffnung des Landtags ist bereits sehr nahe gerückt, und alle Anzeichen deuten viel mehr auf einen heftiger entbrennenden Konflikt, als auf eine Verständigung hin. Die Nachrichten, welche in gutunterrichteten Kreisen über angeblich beabsichtigte Zugeständnisse der Regierung in der Militärfrage von Zeit zu Zeit auftauchen, sind so vag und unsicher, daß man besser thut, ihrer nicht zu erwähnen, um nicht vergebliche Hoffnungen zu erregen. Die ganz vorherrschende Meinung bei allen den Verhältnissen näher Stehenden geht dahin, daß wir kein Entgegenkommen zu erwarten haben, welches zu einer Verständigung zu führen vermöchte. Es bedarf keines großen Scharfsinns, die hiernach zunächst in Aussicht stehenden Maßregeln zu errathen.

Fürst Pleh erhielt vor einigen Tagen auf der Jagd durch Selbstentladung seiner Büchse einen Schuß in den Arm. Ein heute hier eingegangenes Telegramm meldet: „Der Zustand des Fürsten ist im Allgemeinen gut. Die Kugel hat noch nicht entfernt werden können. Die Entzündungsercheinungen sind unbedeutend.“

Berlin, 22. Dez. Mehrfache Kundgebungen aus Dänemark rufen hier die Meinung hervor, daß vom Kopenhagener Kabinet statt der Erfüllung seiner Vertragspflichten gegen Deutschland eine weitere Verletzung derselben beabsichtigt wird. Namentlich sind es die immer deutlicher zu Tage kommenden dänischen Pläne in Betreff Schleswigs, welche dieser Meinung Boden geben. Am seltsamsten nimmt sich dabei die Taktik aus: Neuerungen, die im dänischen Interesse zur Untergrabung des geltenden schleswigschen Rechts- und Verfassungszustandes ins Werk gesetzt werden sollen, als „Opfer“ hinzustellen, die man in Kopenhagen unter schweren Bedenken dem Frieden darbringe. In diesem Sinn redete vor kurzem ein Organ des Ministers Hall, das Kopenhagener Blatt „Danmark“, einer freieren Verfassung für Schleswig das Wort. Das Blatt äußerte dabei: es könne mit nicht geringer Gefahr verbunden sein, „der schleswigschen Provinzialrepräsentation nicht allein eine andere Zusammensetzung nach einem liberalen Wahlgesetz, sondern auch erweiterte Freiheiten und eine größere Mündigkeit zu geben. Indessen die Umstände geböden, etwas zu thun, und da würde man das am wenigsten Gefährliche wählen.“ Dieser letztere Ausdruck ist in der That bezeichnend, denn die „Gefahren“ des angebotenen Vorhabens drohen nicht Dänemark, sondern kommen von Dänemark und bedrohen Schleswig. Für Dänemark selbst würden sie erst in ihren Rückwirkungen, d. h. durch die gebührende Abwendung eines neuen Unrechts, verhängnisvoll werden.

Ueber die Art von „freierer Verfassung“, mit welcher man von dänischer Seite Schleswig zu beglücken gedenkt, hat unlängst der Minister Hall in seiner Antwort auf die bekannte Depesche Lord Russell's nähere Aufschlüsse gegeben. Von dem britischen Minister war dem Kopenhagener Kabinet eine Ausdehnung der Freiheiten und Rechte der schleswigschen Ständeversammlung empfohlen worden. Hr. Hall erwiderte darauf: die dänische Regierung gebe schon längere Zeit mit dem Gedanken um, den schleswigschen Provinzialständen eine neue Organisation zu verleihen. Sie werde sowohl hierbei, als bei der Redaktion eines neuen Wahlgesezes „dieselben liberalen Prinzipien befolgen, welche sie in ihrer Verwaltung leiten.“ Die „liberalen Prinzipien“ der dänischen Verwaltung in Betreff Schleswigs haben sich bisher wesentlich als Danisirungsgelüste bewiesen. Als solche kündigen sie sich auch im vorliegenden Falle an, denn die in Aussicht genommene „freiere Verfassung“ soll eben der Danisirung dienen. Lord Russell sprach offenbar von einer Erweiterung der Gerechtfame der gegenwärtig bestehenden schleswigschen Ständeversammlung. Der Minister Hall redet in seiner Antwort von einer ganz andern Sache, nämlich von einer gänzlichen Umgestaltung der Verfassung und der Ständeversammlung des Herzogthums Schleswig. Schon seit Jahren hat die dänische Presse eine solche Umgestaltung verlangt, um in der schleswigschen Ständeversammlung eine dänische Majorität zu Wege zu bringen. Das „liberale Wahlgesez“ soll statt der jetzigen Klassenwahl das allgemeine gleiche Stimmrecht einführen, um der leichter zu bearbeitenden niederen Bevölkerung, in welcher sich zahlreiche eingewanderte dänische Handwerker und Tagelöhner befinden, die Entscheidung zuzuwenden. Nun gehört aber die Anerkennung der Reichsbesonderheit der jetzigen provinzialständischen Verfassungsbeirathungen Schleswigs und deren Sicherung gegen einseitige Abänderungen mit zu den Vertragspunkten, welche 1861/62 zwischen Dänemark und den deutschen Großmächten als Vertretern des Bundes vereinbart und in bindender Weise festgestellt wurden. Wirth hat Deutschland das volle Recht, dänische Unternehmungen zur einseitigen Aenderung der schleswigschen Verfassungsverhältnisse zu hindern.

Se. Maj. der König empfing gestern Mittag den Bundesstags-Gesandten, Geh. Rath v. Sydow. Wie es heißt, soll der bisherige Bundesstags-Gesandte, Zehr. v. Ujedo m, in den Grafenstand erhoben werden. Der diesseitige Gesandte am künigl. sächsischen Hofe, Geh. Rath v. Savigny, ist nunmehr zum Vertreter Preußens für Brüssel, und der im Ministerium des Auswärtigen angestellte Geh. Rath Graf Kappeler zum diesseitigen Gesandten für Dresden ernannt worden. — Heute Nachmittag um 2 1/2 Uhr ertheilte der König dem französischen Botschafter Baron Talleyrand in Gegenwart des Ministerpräsidenten v. Bismarck eine Audienz und nahm dessen neues Beglaubigungsschreiben entgegen. Vor einigen Wochen wurde Hr. v. Talleyrand hier bekanntlich als Gesandter beglaubigt. Das Zeremoniell bei dem heutigen Empfange desselben war das gleiche, wie bei der neu-liehen Antrittsaudienz des britischen Botschafters.

Schrimm, 18. Dez. Acht Bürger in Kions wurden unlängst wegen des Tragens von polnischen Kokarden beim Kreisgerichte zu Schrimm mit Gefängnis von 4 Wochen bestraft. Dieselben haben auch wirklich in Schrimm ihre Strafe abgeübt und wurden vergangenen Montag freigelassen. Diese Gelegenheit wurde in Kions zu einer Demonstration benutzt. Zunächst schickte der Gutbesitzer Dz. aus S. nach Schrimm seinen Schlitzen, um die genannten acht Bürger abzuholen. Dieselben wurden dann nach S. gebracht, wo ihnen zu Ehren ein Diner vorbereitet wurde. Nachmittags fuhr sie, nachdem dem Geistlichen in Kions eine Meldung gemacht worden war, in die Stadt. Dort kam ihnen der Geistliche und die beiden katholischen Lehrer in Begleitung eines Theils ihrer festlich geschmückten Zöglinge entgegen. Sämmtliche Heiligenbilder waren aus der Kirche auf die Straße gebracht worden, um dem Ganzen auch äußerlich einen festlichen Schmuck zu geben. Mit Hurrahruf zogen die acht Bürger in die Stadt und wurden zunächst in die Kirche begleitet, wo ein fast zwei Stunden dauernder feierlicher Gottesdienst stattfand. Abends hatten alle polnischen Einwohner von Kions ihre Wohnungen illuminiert.

Gumbinnen, 19. Dez. (Danz. Ztg.) Von den vier Landwehroffizieren, welchen seitens des Divisionsgenerals v. Steinnes der Befehl gegeben war, ihre Unterschrift unter dem Aufrufe zur Betheiligung beim Nationalfond zu wider-

rufen, andernfalls sie wegen Insubordination bestraft werden würden, hat Einer, durch besondere Verhältnisse gezwungen, dem Befehl Folge geleistet. Die Uebrigen haben dieses zu thun abgelehnt. Sie befreiten zunächst die Befugnis des Divisionsgenerals, ihnen Befehle zu geben, welche ihr militärisches Dienstverhältnis nicht berühren, und in einer Sache Widerstand zu verlangen, welche ihrer festen Ueberzeugung nach dem wahren Interesse ihres Königs und des Vaterlandes dient. Und wenn sie eine strafbare Handlung vollzogen hätten, würden sie anderweitig vor Gericht gezogen worden sein.

Wien, 21. Dez. Das Bureau des Reichsrathes, der Präsident und die beiden Vizepräsidenten wurden gestern von dem Kaiser empfangen. Se. Majestät äußerte sich sehr anerkennend über die Thätigkeit des Reichsrathes, und betonte nochmals die Wichtigkeit, daß für die Bankakte eine Grundlage gegeben sei. Auch über das Verhalten des Vorstandes und seiner Wirksamkeit äußerte sich der Kaiser eingehend und huldvoll.

Dem Vernehmen nach wurde in der vorgestrigen Bankföhrung die Dividende des zweiten Semesters der Bankaktien mit 29 Kr. anzutragen beschlossen. Darnach stellt sich die ganzjährige Dividende von 1862 auf 56 Kr.

Einer offiziellen Korrespondenz aus Tyrrol entnimmt die „Scharf. Korresp.“ Folgendes: Die Berufung der Fürstbischöfe von Brixen und Trient an's kaiserl. Hoflager hat Angesichts der Haltung, welche diese beiden kirchlichen Würdenträger dem vom Kaiser sanktionirten und in Geseßform geföhrig fundgemachten Protestantenpatente gegenüber einnehmen, hier zu Lande kein geringes Aufsehen erregt. Manche erinnern sich dabei der Citation des Fürsten Primas von Ungarn „ad audiendum verbum regium.“ Doch fehlt es auch nicht an Solchen, die in dieser Berufung nur die natürliche Folge der langen Abwesenheit beider Bischöfe von Wien, wo sie doch im Herrenhause die für sie bestimmten Sitze hätten einnehmen sollen, erblicken.

Die Waffentransporte in der Walahei nehmen, trotz der Einsprüche der Mächte, ihren ungehinderten Fortgang. Diese Thatsache wird von allen Seiten bestätigt. Konstatirt und in Folge dessen angehalten ist überhaupt nur ein kleiner Theil dieser Transporte. Auch macht die walachische Regierung jetzt gar kein Hehl daraus, daß sie die Transporte auf ihrem Gebiete begünstigt und befördert. Man weiß, daß seit dem 30. Nov. wieder an 100 Wagen ihren Weg nach Bulgarien nahmen.

Frankreich.

Paris, 22. Dez. Das Ereigniß des Tages ist die Rede des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Hrn. Calderon-Collantes, in den spanischen Cortes. Es bedarf kaum der Erwähnung, welche Sensation diese Rede in hiesigen Kreisen hervorrief, wo man bereits auf die Niederlage des Generals Prim zu rechnen schien. Es ist unverkennbar, daß hier britischer Einfluß im Spiele ist. In Finanzkreisen versicherte man heute, daß Hr. Barrot sofort die telegr. Weisung erhalten habe, von Hrn. Collantes wegen der im Senate gefallenen Aeußerungen energisch auf Genußthumung zu dringen, eventuell nächsten Freitag seine Pässe zu verlangen. Andererseits wollte man wissen (und die „France“ schließt sich dieser Version an), daß Hr. Collantes die geforderten befriedigenden Erklärungen bereits gegeben habe. Sie sagt, Hr. Calderon-Collantes äußerte u. A. im Senate, daß Hr. Barrot in seinen Aeußerungen die mit ihm ausgetauschten Mittheilungen hinsichtlich Merito's nicht genau wiedergegeben habe. Auf Anfragen des Hrn. Barrot erklärte Hr. Collantes, daß die Madrider Blätter seine Worte ungenau mitgetheilt haben u. „Diese loyalen Erklärungen — fügt die „France“ bei — wurden als vollständig befriedigend erachtet.“ Freilich bezieht sich die Erklärung des Hrn. Collantes nur auf die persönliche Beschwerde Hrn. Barrot's.

Bekanntlich hat die Turiner „Opinione“ mitgetheilt, daß Hr. Farini Hrn. v. Sartiges, und Hr. Nigra Hrn. Drouin de Lhuys bemerkt habe, daß bei der gegenwärtigen Richtung der französischen Politik jede Unterhandlung wegen Roms nutzlos erscheine. Der „Constitutionnel“ erklärt sich heute ermächtigt, zu erklären, daß diese Nachricht durchaus erfunden sei. Auf diese Behauptung muß man jedoch keine Häuser bauen. Es haben nämlich sowohl in Turin als hier Unterredungen wegen Roms stattgefunden, und diese Unterredungen dürften für Hrn. Farini leicht verhängnißvoll werden. Es scheint nämlich, daß die französische Regierung mehr und mehr auf eine Lösung der römischen Frage in dem Sinn dringt, daß die Turiner Regierung auf den Besitz Roms als Hauptstadt Italiens ausdrücklich verzichtet und selbst eine Gewährleistung gegen jeden Angriff auf das päpstliche Territorium übernimmt. Bereits gibt man Hrn. Farini einen Nachfolger und bezeichnet als solchen den General La Marmora, während Andere an den Eintritt des Generals Cialdini in's Ministerium glauben. In Neapel soll, wie man sagt, General La Marmora durch Ricajoli ersetzt werden. Die Privatberichte aus dieser Stadt lauten fortwährend sehr wenig günstig für die italienische Einheit. Die Unzufriedenheit ist allgemein, — die Nationalgarde weigert sich, ferner Dienst außerhalb der Stadt zu thun, und wenn Garibaldi, wie man vermuthet, nach Neapel kommt, so wird er Alles bereinigen zu einer — neapolitanischen Republik. — Dem klerikalen „Monde“ zufolge fand Fürst de la Tour d'Auvergne in Rom eine überaus günstige Aufnahme. An einem Tag wurden 9000 Bisttentarten im Pallast Colonna hinterlegt.

Aus Griechenland ist man ohne neuere Nachrichten; man weiß indeß, daß zu Athen von 8000 Wählern 7994 für den Prinzen Alfred, 5 für Abd-el-Kader, und 1 für den Herzog von Leuchtenberg stimmten. Die Weigerung des Königs Ferdinand, die griechische Krone anzunehmen, ist nun offiziell. Der Prinz Ludwig von Hessen hat das befallige Anerbieten Englands gleichfalls abgelehnt. — Der „Moniteur“ bringt heute die Einberufung des Senats und des Geseßgeb. Körpers auf den 12. Jan. — Marquis

v. Jencelon ist in Urlaub hier eingetroffen. — Der Kaiser und die Kaiserin haben aus Anlaß des Todesfestes des Prinz-Gemahls eigenhändige Schreiben an die Königin Victoria gerichtet. Von der königl. Wittve sind nun die eigenhändigen Erwidrerungen auf die Schreiben J. J. W. W. hier eingetroffen. — Die „France“ bringt heute den ersten der 6 Briefe Hrn. v. Lagueronniere's über die innere Politik. Er führt den Titel: „Von der politischen Einheit in den Regierungen.“ Der Hr. Senator findet, daß die innere Politik des Kaiserreichs, durch Bergangenheit und Parteien paralytirt, in ihrer Entfaltung weit hinter der auswärtigen Politik zurückbleibt. Die übrigen 5 Briefe werden behandelt: Nr. 2 das Kaiserreich und die Bourgeoisie. 3. Die Kammern, die Wahlen, die Presse und die Verwaltung. 4. Das Kaiserreich und das Volk. 5. Das Kaiserreich und der Klerus. 6. Die politischen und administrativen Sitten. — Broz. 69.80. Mob. 1111.25. Ital. Anl. 72.10. Ost 523.75.

Portugal.

Lissabon, 12. Dez. (Köln. Ztg.) Man betrachtet hier einen Ministerwechsel oder doch wenigstens eine Modifikation des Ministeriums als so gut wie gewiß. Auf der Ostbahn ist ein furchtbares Unglück vorgekommen. Eine Brücke brach ein, als ein Zug, auf dem sich 200 Personen befanden, über sie fuhr, und an 100 Personen sollen das Leben verloren haben.

Dänemark.

Kopenhagen, 20. Dez. Der Reichstag verlangt in seiner Antwortadresse auf die Thronrede, daß die gemeinsame Verfassung aufrecht erhalten und dem Herzogthum Schleswig größere Freiheiten gewährt würden, ohne das Band, welches dasselbe mit dem Königreich vereine, zu schwächen.

Rußland.

Petersburg, 20. Dez. Die mit der Auarbeitung eines neuen Preßgesetzes beauftragte Kommission, in welcher Fürst Dopolenski den Vorsitz führt, hat die Abschaffung der Zensur beschlossen; sie will jedoch der Regierung das Recht gewahrt wissen, Zeitungen zu unterdrücken.

Schweden und Norwegen.

Christiania, 15. Dez. (S. R.) Das Konstitutions-Komitee des Storting's hat mit 6 Stimmen gegen 1 den Beschluß gefaßt, die Annahme des bei dem Storting eingebrachten Vorschlags in Betreff der Abschaffung des Statthalterpostens zu widerrathen.

Baden.

— **Lichtenau, im Dez.** Die hiesigen Seidenfabriken, sowie die Spezerer, Elms, Eisenwaren-Handlungen u. s. w. erstreben sich eines rogen Geschäftsvortheils. Die Gewerkschaften haben in richtiger Würdigung dessen, was unsere Zeit verlangt, einstimmig ihre Zusatkapitalien zur Gründung einer Gewerkschule auf hiesigem Platz bestimmt. Auch dem Betrieb der Landwirthschaft — sonst so läden und langsamem Schritte voranschreitend — wird hier in zeitgemäßer Weise Rechnung getragen; denn auch der hiesigen Handbereiung ist, wie der mehrere andern Gemeinden des Gauenlands, auf der Londoner Weltausstellung eine ehrenhafte Auszeichnung zu Theil geworden. Freilich dem vernimmt man seit Jahren doch immer lauter und lauter eine Klage, nämlich diese: die Eisenbahn hat unsere herrliche, ehemals so belebte Rheinstraße brach und öde gelegt. Wäre es nicht vielleicht am Ort, daß die Gewerbetreibenden und Kapitalisten von Giegelheim, Stollhofen, Ulm, Lichtenau, Scherzheim, Neuprechtsheim, Alt- und Neutreibstätt, Rheinischhofheim, Linz, Boderewier der Herstellung einer Eisenbahn-Locomotive, wie in Rheinbaben und Belslar, ihre Kräfte und Mittel zuwenden und je nach Erfund einen ähnlichen Verkehr zwischen Kallatt und Kehl für Personen und Güter herrichten?

— **Lodinau, 21. Dez.** Der Abgeordnete Papierfabrikant Thom hat sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt. Er hat bei dieser Gelegenheit eine Zuschrift an seine Wahlmänner gerichtet, worin er ihnen die Motive seines Schrittes eingehend darlegt. Derselben sind lebhaft familiärer und geschäftlicher Natur. „Da ich dem wichtigen Verufe eines Landtags-Abgeordneten mit Liebe und Eifer ergeben bin — fügt er bei —, so geschieht es mit Leidwesen, daß ich denselben verlasse.“ Schließlich richtet er an die Wahlmänner die Bitte, zu seinem Nachfolger einen Mann zu wählen, der für bürgerliche und geistige Freiheit ist und die Absichten der groß. Regierung erkennt und durchzuführen helfen will; besonders jetzt, wo die Reaktion, auf bekannte auswärtige Vorgänge und Zustände bauend, wieder ihr Haupt erhebe und die verfassungsmäßigen Rechte und damit die Einigung der deutschen Nation gefährde.

— **Aus dem Amtsbezirk Triberg, 21. Dez.** Endlich ist der Winter in voller Stärke auf unsere Berge eingetreten, und hat uns unter gewaltigem Stürmen eine so anscheinliche Schneemasse gebracht, daß der Verkehr auf unserer alten Handelsstraße vollständig gehemmt ist. Alle Anstrengungen, dieselbe fahrbar zu machen, sind vergebens, indem der Sturm und der beständige Schneefall den kaum geöffneten Pfad alsbald wieder verweht und unsichtbar macht. Von Frachtwägen durchzubringen ist vorderhand keine Rede, da sogar der Omnibus sich nur mit größter Mühe und Anstrengung fortbewegen kann. Man wird sich einen Begriff von dem gegenwärtigen Schneegang der Post machen können, wenn wir anführen, daß der Postomnibus von Donaueschingen, welcher heute früh 3/4 Uhr in Herberghaus eintraf, erst Mittags 11 Uhr daselbst anlangt; er hat also die 10 Meilen von Donaueschingen bis Herberghaus in 14 Stunden zurückzulegen vermocht.

Diese bedeutenden Verkehrsstörungen werden voraussichtlich noch einige Tage andauern, da es fortwährend gewaltig schneit und noch keine Aussicht auf eine rasche Besserung des Wetters vorhanden ist. Leider müssen nun auch die Eisenbahn-Vernehmungen, welche bis in die jüngsten Tage mit großem Eifer in unserer Gegend betrieben wurden, eingestellt werden.

— **Konstanz, 19. Dez.** (Schwurgericht.) Heute hat darüber die vierte Quartalsung des Schwurgerichts unter dem Vorsitz des groß. Hofgerichtsraths W. A. N. begonnen. Die vorgeladenen Geschwornen waren mit Ausnahme eines einzigen, welcher durch Krankheit entschuldigt ward, sämmtlich erschienen. Die Tagesordnung führte zur Verhandlung der Anklage gegen Heinrich Erne von Altheim wegen Mordes. Als Staatsanwalt fungirte der groß.

Hofgerichtsrath Schneider, Verteidiger war Obergerichtsadvokat Geismar.

Heinrich Erne, verheiratheter Landwirth und Viehhändler, gut besumundet, im Besitz von einigem Vermögen, betrieb zu Anfang dieses Jahres gegen den ebenfalls gut besumundeten Schuhmacher Johann Sorg von Lichtenau bei dem groß. Amtsgericht Salem eine Reklamation aus Darlehen im Betrag von 349 fl. nebst Zins. Bei der gerichtlichen Verhandlung ergab sich als unbestritten, daß der Beklagte dem Kläger am 10. Sept. 1856 ein Darlehen von 349 fl. schuldig geworden war, und daran in drei Malen 349 fl. abbezahlt hatte. Der Beklagte behauptete aber, außerdem am 30. Juli 1860 weitere 200 fl. bezahlt zu haben, und bediente sich zum Beweise dieser von dem Kläger widerprochenen Zahlung wegen angeblichen Verlustes der Quittung der Zuschreibung eines Eides an den Kläger, welchen dieser auch angenommen hat. In dem amtgerichtlichen Urtheil wurde auf diesen Eid erkannt, und von der Leistung oder Verweigerung desselben abhängig gemacht, ob der Beklagte dem Kläger nach Aufrechnung der einzelnen Zahlungen, auf Zinsen und Kapital noch 281 fl. 56 Kr., oder nur noch 65 fl. 30 Kr. nebst Zins zu bezahlen habe. Am 6. Mai d. J. hat der Kläger bei dem groß. Amtsgericht Salem den Eid vorchriftsmäßig geschworen, weßhalb am gleichen Tag das dem Urtheil entsprechende sog. Vereinnigungserkenntniß erging. Heinrich Erne ist nun angeschuldigt, diesen Eid wesentlich falsch geschworen zu haben. In der hierwegen gegen ihn eingeleiteten Untersuchung hat Johann Sorg die Thatsache der behaupteten vierten Zahlung von 200 fl., welche angeblich in einer Wirthschaft zu Markdorf geschehen war, eidlich bestritten, und es fand seine Angabe eine erhebliche Unterstützung, in dem hinsichtlich eidlichen Aussagen einer Reihe von Personen, aus deren Aussagen sich ergab, daß Johann Sorg am Tage vor der bestrittenen Zahlung ein Kapital von 225 fl. zu dem ausgesprochenen Zweck aufgenommen hat, um damit seine Schuld an den Angeklagten zu bezahlen, daß er einmal in der Erntezeit des Jahres 1860 sich nach Markdorf begeben, und auf dem Weg dahin seinen Begleiter das Vorhaben kundgegeben hat, an Heinrich Erne eine Zahlung zu leisten, daß er damals in der von ihm bezeichneten Wirthschaft daselbst in Gelöggeschäften mit Erne beobachtet wurde, daß er ferner auf dem Heimweg den gleichen Begleiter, und zu Hause seinen Angehörigen von der geschehenen Zahlung Mittheilung gemacht, auch seiner Frau die Quittung darüber vorgezeigt, und daß er endlich beim Beginn des Prozesses mit dem Angeklagten nach der inzwischen verlorenen Quittung das ganze Haus durchsucht hat.

Von Seite des Angeklagten wurde jedoch die gegen ihn erhobene Beschuldigung auf das bestimmte widersprochen, und obgleich er über manche Anschuldingsthatfachen eine befriedigende Auskunft nicht zu geben vermochte, so gestattete sich dennoch das Gesamtresultat der heutigen, sehr umfassenden Vernehmung unter dem Eindruck der Persönlichkeiten des Angeklagten und seines Prozeßgegners nicht zu einem vollständig überzeugenden Anschuldingbeweis, so daß die Geschwornen das Nichtschuldig aussprachen, worauf der Präsident die Freisprechung des Angeklagten verkündete.

Vermischte Nachrichten.

— **Württemberg.** Es wird amtlich bekannt gemacht, daß das gesuchte, mit 3/2 Proz. verzinste Staatsanlehen von 7,142,800 fl. Nennwerth zu dem Preise von 98 Proz. zu Stande gekommen ist, und sämmtliche darauf gezeichnete Beträge angenommen worden sind.

— **Stuttgart, 20. Dez.** Hiesige Blätter veröffentlichten nachstehende Erklärung Sigmund Schott's: „Von einer Reise ins Ausland zurück, finde ich mich in den Ausläß gewährt, welchen die Göttinger Versammlung niedergesetzt hat. Ich muß diese Wohl dankend abnehmen, weil ich weniger als je mich entschließen kann, für den Nationalverein thätig zu werden.“ Aehnlich hat sich Rechtskonsulent Pecher erklärt.

— **München, 20. Dez.** Der „Allg. Ztg.“ zufolge beabsichtigen der König und die Königin von Griechenland gegen Ende des Winters einige Zeit bei ihren Verwandten am Hofe zu Oldenburg zuzubringen.

— **Darmstadt, 21. Dez.** (D. Ztg.) Die am 16. d. von dem Schreiner Fr. Schuchmann (der sich nach der That selbst erschöß) schwer verwundete Adelfried Wolskhaht ist gestern Abend ihren Leiden erlegen.

— Die von Robert Geise in Leipzig verlegte „Neue Sängergesellschaft“, Organ des allg. deutschen Sängerbundes, wird von Neujahr ab unter der Mitredaktion der berühmten Redactoren M. Wetters, Franz Abt, B. C. Becker, Wilh. Speidel, J. C. Schmöder, Gravenhoffmann und C. Kunze in erhöhter geschmackvoller Ausstattung weiter erscheinen. Da genanntes Blatt wiederholt auch größere Artikel über die vereinigten badischen Männer-Gesangvereine brachte, so dürfte ihnen diese Notiz besondere Beachtung verdienen.

— **Heidelberg, im Dez.** Es sei uns gestattet, nachträglich eines Symphoniekonzertes zu gedenken, welches im Anfang d. M. zum Besten hiesiger wohlthätiger Zwecke stattgefunden hat. Dasselbe zeichnete sich vor manchem andern hier gehörten vortheilhaft aus. Frau Howitz vom groß. Hoftheater zu Karlsruhe hatte die Gefälligkeit, eine große Konzert-Arie von Mendelssohn, sowie zwei ansprechende Lieder vorzutragen. Sie fand reichlichen Beifall. Der auch in weiteren Kreisen rühmlich bekannte Pianist-Komponist Karl Sielb spielte die Cis-moll-Sonate von Beethoven nebst einem Phantasiestück eigener Komposition. Was diesen Virtuosen besonders kennzeichnet, ist sein ungemein zarter und klassischer Anschlag, verbunden mit seltener Bravour. Hr. Dillinger brachte zwei Lieder beifällig zur Gehör. Von Orchesterwerken kam die A-moll-Symphonie von Mendelssohn unter der Leitung des Kapellmeisters Heber zur Aufführung. Wir haben noch selten eine Symphonie so präzis, zusammengehalten und geistig ausgeführt durchführen hören, wie diese. Den Schluß bildete eine Konzertouvertüre von dem Dirigenten des Konzerts, Hrn. Heber, die sich durch hübsche Arbeit und klare Motive auszeichnet und mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Der Saal war gut besetzt und ist dieses Symphoniekonzert trotz mancher Hindernisse, die zu überwinden waren, zur vollen Befriedigung des Publikums ausgefallen.

Verantwortlicher Redacteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 26. Dez. Mit allgemein aufgehobenem Abonnement: **Lohengrin**; große romantische Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

Sonntag 28. Dez. 4. Quartal. 143. Abonnementsvorstellung. **Die Jungfrau von Orleans**; Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller.

